

**SPD****Fraktion der
Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands im
Rat der Stadt
Braunschweig****Anfrage**

Öffentlich

Datum

06.02.2013

Nummer

2032/13

Absender

SPD - Fraktion
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Adressat

Oberbürgermeister Dr. Hoffmann
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Gremium

Rat

Sitzungstermin

19.02.2013

Betreff / Beschlussvorschlag

Ausbau des Glasfasernetzes in Braunschweig

Mit dem Slogan „Das Warten hat ein Ende – das Giganetz kommt“ wirbt die Telekom zurzeit für den Ausbau des Glasfasernetzes in 29 deutschen Städten. Die FTTH-Technik (Fibre To The Home), bei der die Glasfaserkabel bis ins Haus gelegt werden, ermöglicht bislang Datenübertragungsraten bis zu 200 Mbit/s Downstream und 100 Mbit/s Upstream. In einem Interview zeigt sich der Programmleiter für den Glasfaserausbau bei der Telekom Deutschland GmbH überzeugt, „dass der Umstieg von Kupfer auf Glasfaser langfristig notwendig ist, wenn Deutschland seine Position als eine der führenden Industrienationen behalten will... Dazu brauchen wir die Unterstützung und Zusammenarbeit mit Kommunen, Wohnungswirtschaft, Hauseigentümern und Bürgern... Es hat bisher als sehr sinnvoll erwiesen, wenn Bürgermeister in einem Brief an ihre Bürgerinnen und Bürger darauf hinweisen, dass die Telekom den Glasfaserausbau plant“ (BayGemZeitung 19/2011). Für die Realisierung durch die Telekom müssen vorab rund 80 % der Eigentümer ihre Zustimmung zu dem für sie kostenlosen Glasfaseranschluss geben und anschließend 10 % der Endkunden einen Vorvertrag abschließen. Das entstandene Glasfasernetz würde die Telekom auch ihren Mitbewerbern zur Mitbenutzung anbieten (DS15348/12).

Im Internetauftritt unter www.telekom.de/glasfaser erscheint nur bei Braunschweig und Bremerhaven die Meldung: „Leider haben nicht genug Eigentümer dem Glasfaserausbau zugestimmt, daher können wir die zusätzlichen Ausbaugebiete nicht an das Giganetz anschließen“ (vgl. DS 12849/13). Acht andere Städte, zum Beispiel Chemnitz und Koblenz, haben bereits die 80%-Quote erfüllt, und die Telekom schließt zurzeit Vorverträge mit den Endkunden ab.

Die Bundesregierung sagt zum Breitbandausbau: „Im internationalen Standortwettbewerb liefern neue Infrastrukturtechnologien einem Land insbesondere dann volkswirtschaftliche Vortei-

le, wenn sie schneller und nachhaltiger als anderswo vorangetrieben werden. Umgekehrt geraten diejenigen Standorte ins Hintertreffen, die diese Technologie nicht oder verzögert zum Einsatz bringen. Es gilt daher schnell und wirksam zu handeln und heute die richtigen Anreize für volkswirtschaftlich hoch rentable Investitionen in Breitbandinfrastrukturen zu setzen“ (Breitbandstrategie der Bundesregierung, Feb. 2009, S. 9).

In diesem Zusammenhang fragt die SPD-Fraktion an:

1. Welche Gründe hat die Verwaltung dafür ausgemacht, dass das Angebot der Telekom zum kostenlosen Glasfaseranschluss anders als in anderen Städten in Braunschweig nicht von rund 80 % der Eigentümer angenommen wurde?
2. Mit welchen konkreten Maßnahmen hat die Stadtverwaltung den geplanten Ausbau des Glasfasernetzes im Sinne des VA-Beschlusses vom 12 Juni 2012 unterstützt?
3. Welche Auswirkungen hat das Scheitern des Ausbaus des Glasfasernetzes auf die Unternehmen und Einrichtungen in den unmittelbar betroffenen Bereichen und darüber hinaus (Stichwort eWork) bzw. welche Alternativen zum Ausbau des Glasfasernetzes gibt es?

gez. Manfred Pesditschek
Fraktionsvorsitzender